

## Der Strukturwandel des internationalen Systems – in Richtung Ost-West-Konflikt 2.0

von Ulrich Menzel

Am 1.2.1970 wurde in Essen der erste Erdgas-Röhren-Vertrag zwischen der alten Bundesrepublik und der Sowjetunion unterzeichnet, nachdem zuvor ähnliche Vorhaben am amerikanischen Röhrenembargo gescheitert waren. Die USA hatten Anfang 1950 sogar ein diesbezügliches Coordinating Committee (CoCom) gegründet, das immer neue Listen von Gütern mit Röhren an der Spitze herausgab, die nicht an die Sowjetunion (SU) geliefert werden durften. Die SU verpflichtete sich zur Lieferung von 52 Mrd. Kubikmetern Erdgas. Im Gegenzug sollten Mannesmann und Thyssen Röhren zur Verlegung von 2000 km Gaspipelines liefern. Finanziert wurde das Barter-Geschäft durch einen Vertrag der Deutschen Bank mit der Außenhandelsbank der UdSSR. Ab Oktober 1973 floss via Ukraine und CSSR bei Waidhaus das erste Gas in das Netz der Ruhrgas AG. Nach diesem Muster folgten bis Januar 1978 weitere vier Verträge mit der Folge, dass die Ost-West-Integration via Pipelines immer dichter wurde und der sowjetische Marktanteil an der deutschen Gasversorgung immer größer. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft feierte das 50jährige Jubiläum dieses „Jahrhundertgeschäfts“ noch 2020 in seinem Jahrbuch.<sup>1</sup> Die geopolitische Kooperation wurde gegen amerikanische Kritik mit dem friedenspolitischen Argument gerechtfertigt „Wer Handel miteinander treibt, der schießt nicht aufeinander“, zumal es sich gut in die neue Ost-Politik der Sozialliberalen Koalition unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ einfügte. Die Ersetzung des giftigen und aufwändig durch die Vergasung von Steinkohle erzeugten Stadtgases ließ sich zudem außenhandelstheoretisch mit dem Theorem der komparativen Kostenvorteile rechtfertigen. Ganz nebenbei war der Vorgang auch ein wesentlicher Schritt in Richtung Globalisierung, lange bevor der Begriff in den deutschen Wortschatz Eingang gefunden hatte.

---

<sup>1</sup> Andreas Metz, 50 Jahre Röhren gegen Gas: Deutsch-russisches Jahrhundertgeschäft und deutsch-amerikanischer Wirtschaftskrimi. In: Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft, Jahrbuch 2020, S. 20-35.

Ob die Implosion der SU und die Auflösung des Ost-Blocks nach der Wende 1989/90 eher auf deren imperiale Überdehnung zurückgeführt werden kann, die im Rüstungswettlauf auf Kosten des zivilen Sektors nicht mehr mithalten konnte, oder die Aufweichung von innen aufgrund der Ostverträge und KSZE-Vereinbarungen, darüber streiten sich die Experten bis heute. Von konservativer Seite lautete das Argument, dass der Osthandel die Lebensdauer der Sowjetunion verlängert habe, weil dessen Einnahmen den Rüstungssektor finanzierten. Umgekehrt wurde argumentiert, dass die SU sich als verlässlicher Lieferant von Gas, Öl, Kohle, Holz, Getreide und Erzen erwiesen und maßgeblich zur Versorgungssicherheit Europas bei Rohstoffen beigetragen habe. Geopolitisch grundierte Globalisierung als Instrumentalisierung für Frieden und Wohlstand. An dieser Stelle gab es sogar ein gemeinsames Interesse von BRD und DDR, die aufgrund ihrer europäischen Mittellage das Terrain hätten sein können, auf dem der 3. Weltkrieg beginnt.

Ein innenpolitischer Nebenaspekt war seit den Regierungen von Brandt und Schmidt die Begründung einer besonderen Beziehung der SPD zur sowjetischen Führung, die sich in den Gorbatschow-Jahren auszahlte und von Schröder fortgesetzt wurde, was lange Zeit durchaus begrüßt wurde. Während Großbritannien und Frankreich bei den 2 + 4 - Verhandlungen der deutschen Wiedervereinigung reserviert gegenüberstanden, sich die USA eher wohlwollend zeigten, war die Zustimmung Gorbatschows letztlich entscheidend unter der Auflage, dass es eine monetäre Kompensation für den Abzug ihrer Truppen aus der DDR gibt zum Bau von neuen Unterkünften und dass die Bundeswehr nicht östlich der Elbe stationiert werde. Ohne den langen Vorlauf des Osthandels und der vertrauensbildenden Wirkung der Ostpolitik hätte es, so meine These, keine Wiedervereinigung gegeben, hätte sich das Fenster der Gelegenheit bald wieder geschlossen. Unter einem Putin wäre es nie geöffnet worden. Insofern haben Kohl und Merkel nur die Politik der Vorgänger fortgesetzt und deshalb ist auch Merkel wie Schröder heute nicht bereit, sich von dieser Politik zu distanzieren. Ob im Kontext der 2 + 4 - Gespräche auch eine Absprache über den Verzicht einer NATO-Osterweiterung getroffen wurde, wie von russischer Seite behauptet, ist umstritten. Zumindest haben die damaligen Zeitzeugen sich später widersprüchlich erinnert.

Von globaler Bedeutung war die Auflösung des sowjetischen Imperiums insofern, als sie das Ende der alten bipolaren Weltordnung markierte. Die USA waren 1990 als „einzige Supermacht“ übriggeblieben, aus dem „unipolar moment“ (Krauthamer)

schien eine dauerhafte Konstellation zu werden, in der die USA als erste Hegemonialmacht der Weltgeschichte mit globaler Reichweite unter der Präsidentschaft des älteren Bush eine „Neue Weltordnung“ propagierte, in der sich Frieden, Demokratie und Wohlstand ausbreiten werden.<sup>2</sup> Kassiert werden konnte eine Friedensdividende, die sich in sinkenden Rüstungsausgaben und steigenden Sozialausgaben manifestierte. Butter statt Kanonen. Im Falle der Bundeswehr wurde der Personalbestand von knapp 500.000 Mann auf etwa 180.000, von zehn auf zwei Divisionen reduziert. Der Etat des Verteidigungsministeriums, lange Zeit auf Augenhöhe mit dem des Sozialministeriums, schrumpfte im Verhältnis auf ein Drittel. Russland war in der Jelzin-Ära so geschwächt, dass es der Ost-Erweiterung von NATO und EU nichts entgegenzusetzen konnte. Die Kalaschnikows und MGs der Roten Armee landeten auf arabischen und afrikanischen Wochenmärkten, Soldaten heuerten bei privaten Militärfirmen an. Die USA mussten sogar finanziell einspringen, um zu verhindern, dass die Experten des Nuklearsektors in den Iran oder andere nukleare Schwellenländer abwanderten.

9/11 markierte eine neue Zäsur, insofern unter der Präsidentschaft des jüngeren Bush der „War on Terror“ die oberste Priorität bekam, aber anders als bei den NATO-Verbündeten nur der Militärhaushalt der USA wieder hochgefahren wurde, weil sie als das eigentliche Angriffsziel mit der Rolle des Weltpolizisten eine weitere globale Zuständigkeit im Sinne der Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter übernahmen. Die hybride Kriegsführung mit weltweiter Reichweite trat an die Stelle des klassischen zwischenstaatlichen Krieges. Länder wie die BRD leisteten seit dem Kosovo-Einsatz unter dem Label „Humanitäre Intervention“ nicht viel mehr als einen symbolischen Beitrag, weil die Umstellung der Bundeswehr auf Auslandseinsätze mangels Ausrüstung und Ausbildung nur schleppend vorankam. Da die Mittel weiter schrumpften, war die Neuorientierung nur durch Umschichtung zu Lasten der Landesverteidigung zu realisieren. Seitdem lautete die Arbeitsteilung: Die USA sind für die internationale „Drecksarbeit“ zuständig, Mittelmächte wie Deutschland gerieren sich als Free- oder Cheaprider der US-Hegemonie, indem sie an deren Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter wie GPS, nukleare Sicherheit, Durchsetzung des Prinzips Freiheit der Meere oder Kampf gegen den Terror fast zum Nulltarif partizipieren und

---

<sup>2</sup> Dazu kritisch Ulrich Menzel, Paradoxien der neuen Weltordnung. Politische Essays. Frankfurt 2004.

ungerührt weiter am Ausbau des Sozialstaates arbeiten. Genau diese Attitüde führte unter amerikanischen Neokonservativen lange vor Trump zu wachsender Kritik.

Erst seitdem nicht mehr die SU, sondern China als der neue Herausforderer wahrgenommen wurde, wuchs der amerikanische Druck auf die NATO-Mitglieder, einen Teil der Lasten zu übernehmen und zwei Prozent des Sozialprodukts für das Militär auszugeben. Die SU wollte die USA in ihrer offensiven Phase vom Sputnik-Schock 1957 bis zur Kuba-Krise 1962 auf einem schwachen wirtschaftlichen Fundament militärisch herausfordern. Im Falle Chinas ist es umgekehrt. Erst seitdem dort ein starkes wirtschaftliches und technologisches Fundament geschaffen wurde und es, je nach Berechnungsweise, zumindest wirtschaftlich gleichgezogen hat, holt man auch militärisch auf. Doch ist es ein weiter Weg, will man von Landesverteidigung auf globale Operationsfähigkeit umschalten. Soeben wurde der dritte chinesische Flugzeugträger zu Wasser gelassen, der erst in Jahren einsatzfähig sein wird. Die USA unterhalten elf und dazu modernere, drei weitere sind im Bau bzw. in Planung. Hinzu kommen ein weltweites Netz von Basen für Marine und Luftwaffe und in Europa und Asien stationierte Truppen.

Nur - durch die Fixierung auf China wurde Russland aus den Augen verloren und übersehen, dass dort seit Beginn der Putin-Ära eine zumindest teilweise Restauration des maroden militärischen Sektors erfolgte, die wie zuvor durch den Export von Rohstoffen finanziert wird. Der Preis, den Russland durch die exklusive Verwendung der Einnahmen zahlen musste, war die Etablierung einer neuen Klasse von Oligarchen mit Putin an der Spitze auf Basis der überkommenen Rohstoffexportökonomie statt des Umbaus der Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft mit der Konsequenz, weiter hochwertige Konsum- und Ausrüstungsgüter importieren zu müssen. An die Stelle von zentraler Planwirtschaft und Staatskonzernen ist die Rentenorientierung der Oligarchen getreten, die sich im Chaos der Jelzin-Ära die Rohstoffkombinate zum Schnäppchen-Preis unter den Nagel gerissen haben, weil der marode Staat verzweifelt nach Einnahmen suchte. In einer Rentenökonomie entstehen Einkommen im Unterschied zur Marktwirtschaft nicht aus unternehmerischer Tätigkeit, sondern aus politischer Kontrolle über einkommensträchtige Ressourcen wie den Rohstoffsektor. Verlangt sind nicht Innovationsfreude, Risikobereitschaft und zukunftssträchtige Investitionen, um profitabel zu bleiben, sondern „Investitionen“ in die staatlichen Organe zur Festigung der Macht im Innern aus Polizei, Armee, Geheimdiensten und Präsidentengarden, um die Kontrolle über die Renteneinkommen zu behaupten. Neben

den zahlreichen Leibwächtern im engeren Sinn gebietet Putin über eine vielfältig einsetzbare „Russische Garde“ von ca. 340.000 Prätorianern neben der regulären Armee als Instrument seines Machterhalts.

Ihm ist, das ist der persönliche neben dem strukturellen Faktor, als Folge des Klimawandels, der Ersetzung fossiler Energien durch erneuerbare und des absehbaren Schwindens der Renteneinkünfte nicht mehr viel Zeit geblieben ist, sein eigentliches Ziel, die Restauration des zaristischen Imperiums zu verfolgen mit Zar Wladimir I. bzw. Wladimir dem Schrecklichen an der Spitze und dem Patriarchen Kyrill an seiner Seite, der sich als Oberhaupt aller orthodoxen Kirchen inklusive der ukrainischen versteht. Sie läuft Putin weg, weil er als Siebzigjähriger wie alle Diktatoren diesen Triumph noch selbst erleben will. Zudem gibt es Indizien, dass er an einer bösartigen Tumorerkrankung leidet, die mit Cortison behandelt wird. Die Folge sind Flüssigkeitsablagerungen, die seine angeschwollenen Gesichtszüge erklären. Mit dem Ende der fossilen Energieträger wird die wirtschaftliche Basis seiner imperialen Politik, die in Georgien begonnen und in Syrien getestet wurde, absehbar. Der Widerstand gegen die zweite Ostsee-Pipeline war vielfältig – auf Seiten der USA, weil sie selber mit Flüssiggas ins Geschäft kommen wollen, auf Seiten der osteuropäischen Länder, weil sie als Durchleitungsländer auf den Landrouten umgangen werden können und ihre Durchleitungsgebühren verlieren, und innenpolitisch, weil die zweite Pipeline die Fortschreibung des Vertrauens auf fossile Energie bedeutete.

Doch mit dem Beginn des russischen Angriffs am 24.2.2022 auf die Ukraine ist über Nacht eine neue Zeitwende angebrochen, die in ihrem Tiefgang der Machtergreifung Hitlers, dem Fall der Berliner Mauer und dem Angriff auf das World Trade-Center entspricht. Nachdem zuletzt in immer dichter Abfolge die Welt durch immer neue Krisen erschüttert wurde – 2009 die Finanzkrise mit der Folge explodierender Immobilienpreise und Mieten, 2015 die Flüchtlingskrise mit der Folge eines erstarkenden Populismus, 2018, angefacht durch Fridays for Future, die lange schwelende Umweltkrise mit der Folge, dass der energetische Umbau endlich angegangen wird, 2019 die Corona-Krise mit der Folge von Lockdowns, Unterbrechung der Lieferketten, blockierter Container-Terminals, wachsender Globalisierungs- und Neoliberalismuskritik und der Renaissance staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und zuletzt Putins Krieg, der die liebgeordnete Friedensordnung in Europa wie die überbordende Globalisierung gleichermaßen in Frage stellt mit Konsequenzen, die noch gar nicht alle absehbar sind. Sicher ist nur deren wechselseitige Verstärkung. Es ist schon paradox –

ausgerechnet die Fridays for Future haben Putin zu raschem Handeln gedrängt, während umgekehrt die Maßnahmen, sich aus der energetischen Abhängigkeit von Putin zu lösen, die Umweltkrise verschärfen.

Während von Krise zu Krise die Nachfrage nach internationaler Ordnung zu deren Bewältigung gestiegen ist, waren die USA aus strukturellen wie aus innenpolitischen Gründen seit Trumps Losung „America first“ immer weniger bereit, diese auch zu bedienen. Mit der Biden-Administration hat sich zwar das politische Klima geändert, doch ist das strukturelle Dilemma der USA zwischen Positions- und Statusverlust geblieben. Sollen sie, um dem Wettbewerbsdruck aus China zu begegnen, protektionistisch werden und so den Status als internationale liberale Ordnungsmacht verlieren oder umgekehrt? Trump hat die erste Option favorisiert. Wenn sie auf die liberale Option setzen, müssen sie den Druck auf die Verbündeten zur Lastenteilung erhöhen.

Jetzt ist die Klimax dieser Krisenkaskade erreicht und hat in vieler Hinsicht im Denken wie im Handeln einen regelrechten Paradigmenwechsel ausgelöst. Erschüttert ist das Axiom des idealistischen Denkens, das auf die Kooperation der Staaten setzt, weil der Mensch vernünftig und lernfähig ist, also seine Lehren aus der Geschichte zieht. Die Kosten eines Kriegs sind immer, auch für den Gewinner, höher als der Nutzen. Unterschiedliche Interessen können durch Kompromiss und Ausgleich, internationale Abkommen und Organisationen, durch die Regeln des Völkerrechts und normenbasiertes Handeln zum Ausgleich gebracht werden. Je verflochtener und verregelter die Welt, so die konkurrierende Lehre des Institutionalismus, desto friedfertiger wird sie. Doch orientalische Despoten vom Schlage eines Putin sind weder vernünftig noch lernfähig noch an einem rationalen Kosten/Nutzen-Kalkül orientiert, sondern leben in der Welt der Mythen. Deshalb ist im Westen Ernüchterung eingeleitet, das komplette Denkgebäude der klassischen Friedens- und Konfliktforschung ins Abseits geraten und stattdessen das klassische realistische Denken zurückgekehrt, das auf die Logik der Abschreckung setzt und, wenn diese versagt, auf die Logik der Sanktionen. Konflikte können zwar nicht beseitigt, aber eingehegt werden. Damit diese Logik funktioniert, bedarf es wirtschaftlicher und militärischer Macht, die aber nicht nur an sich vorhanden sein, sondern demonstriert und im Zweifelsfalle sogar exekutiert werden muss, um glaubhaft zu sein. Insofern ist die Globalisierung kontraproduktiv für politisch motivierte Sanktionen, weil sie den Boykotteur, wie wir jetzt erleben, auch selber treffen. Neben die Rüstungsspirale tritt die Boykottspirale. Putin ist in der Lage, dem Westen im wahrsten Sinne des Wortes den Gashahn abzdrehen.

Die Grenze des Handels bestimmt demnach nicht die Gesinnungs- sondern die Verantwortungsethik, die immer das Ergebnis des Handelns mitdenken muss. Das ist auch der Kern der Debatte zwischen Habermas' Intervention „Krieg und Empörung“ und dessen Kritiker wie Paul Mason mit „Wenn wir keine Untoten werden wollen“.<sup>3</sup> In diesem Sinne ist Scholz ganz nah bei Habermas und verhält sich verantwortungsvoll und nicht zögerlich. Biden kann zwar Sanktionen verhängen, darf aber militärisch nicht über eine schwer definierbare rote Linie hinaus zugunsten der Ukraine intervenieren, weil er dann einen Dritten (nuklearen) Weltkrieg riskiert. Putin hat zumindest damit gedroht. Deshalb sind die amerikanischen wie die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine auch immer an Vorbehalte geknüpft. Putin hingegen kann eine nukleare Drohkulisse aufbauen, die sogar einen Habermas beeindruckt, weil Despoten im Unterschied zu Demokraten eine höhere Schadensakzeptanz haben, weniger Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehmen müssen und im Zweifelsfalle sogar eine zweite Front im Innern zu deren Unterdrückung errichten. Das gleiche Argument gilt für die Boykottfront. Auch hier sitzt Putin am längeren Hebel, weil er der eigenen Bevölkerung eher einen Konsumverzicht zumuten kann als westliche Regierungen der ihren trotz oder gerade aufgrund des viel höheren Wohlstands.

Europa zieht zumindest aktuell wieder an einem Strang. Auch für Neutrale ist es attraktiv, Mitglied in EU und NATO zu sein. Ein positives Brexitvotum ist derzeit kaum vorstellbar, zentrifugale Tendenzen in Polen und Ungarn kaum mehr erkennbar und wenn, dann sind sie durch geopolitische Zwänge bedingt, weil man als Binnenstaat auf Pipelines angewiesen ist und nicht auf die Lieferung per Tanker ausweichen kann.

In Deutschland hat es sogar einen doppelten Paradigmenwechsel gegeben – exekutiert ausgerechnet von einer nicht konservativ geführten Regierung. Die Erfüllung der Forderung, zwei Prozent des BIP für die Rüstung auszugeben und dazu noch finanziert durch Verschuldung ist plötzlich möglich verbunden mit einer Strukturreform der Bundeswehr, die wieder vorrangig der Landesverteidigung dienen soll. Auslandseinsätze wird es nur noch bei NATO-Nachbarn aber nicht mehr am Hindukusch oder in der Sahel-Zone geben. Im Gespräch oder vereinbart sind eine dritte Panzerdivision, die Ersetzung der Tornados durch Stealth-Bomber, die Entwicklung von

---

<sup>3</sup> Jürgen Habermas, Krieg und Empörung. In: Süddeutsche Zeitung vom 29.4.2022; Paul Mason, Wenn wir keine Untoten werden wollen. In: Frankfurter Rundschau vom 21./22.5.2022.

Kampfdrohnen, die ein unbenanntes Leitflugzeug umschwärmen. Bei deren Realisierung wird Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa auch zur größten Militärmacht in Europa aufsteigen – ein angesichts der deutschen Geschichte ein vor kurzem noch unvorstellbarer Vorgang und dazu noch exekutiert von einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Auch das No Go der Lieferung von Rüstungsgütern in Krisengebiete ist plötzlich erlaubt.

Genauso radikal ist das strategische Umdenken im Hinblick auf die Energieversorgung mit der Verkehrung der Logik des Erdgas-Röhren-Geschäfts. Die Ölscheichs sind wieder willkommen, aus deren Abhängigkeit man sich nach der zweiten Ölkrise gerade auch mit sowjetischer Hilfe befreien wollte. Ausgerechnet ein grüner Minister musste Klinkenputzen im Wüstensand und um Öl und Gas betteln. Die Bezugsquellen fossiler Energie sollen diversifiziert, die Deregulierung der Lagerhaltung von Öl und Gas rückgängig gemacht werden, Flüssiggas per Tanker das Erdgas per Pipeline ersetzen, die Kohlekraftwerke doch nicht abgeschaltet, womöglich sogar die Laufzeit der letzten AKWs verlängert werden – solange, bis der grüne Wasserstoff die Erlösung bringt. Geopolitik nicht mehr als Friedenspolitik und zur Wahrnehmung komparativer Vorteile im Zeichen der Globalisierung, sondern als Vorbereitung für den Ernstfall, um weniger erpressbar zu sein. Geändert hat sich ganz im Sinne des konstruktivistischen Arguments nicht die Konstellation, sondern deren Wahrnehmung und damit das Handeln.

Der an die Szene aus dem Film „Die glorreichen Sieben“ mit Yul Brinner als Olaf Scholz, Charles Bronson als Robert Habeck und Steve McQueen als Christian Lindner erinnernde Aufmarsch der Koalitionäre vor Industriekulisse nach Abschluss ihrer Verhandlungen bekommt so eine ganz andere Deutung – nämlich das „europäische Dorf“ gegen den Banditen Putin alias Calvera zu verteidigen.

Auch wenn Putins Krieg die Agenda der G7 auf Schloss Elmau und den NATO-Gipfel in Madrid bestimmt und die chinesische Herausforderung in den Hintergrund gedrängt hat, so läuft doch alles auf den Strukturwandel des internationalen Systems in Richtung eines Ost-West-Konflikts 2.0 der liberalen Welt gegen die autoritäre hinaus, wobei mit Osten der Ferne Osten mit China im Zentrum gemeint ist mit dem kernrussischen Gebiet des alten Moskauer Rus als dessen westlicher Peripherie wie zu Zeiten der Mongolenherrschaft, als Karakorum das Zentrum der Macht war. Die Krimtataren, Nachkommen des westlichsten Khanats der Goldenen Horde, erinnern noch



daran. Aus dieser Perspektive gehört Russland nicht zu Europa, war der Ural nur die von Strahlenberg 1730 im Auftrag eines nach Westen orientierten Zaren konstruierte Ostgrenze Europas, um möglichst viel von Russland Europa zuzuschlagen. Damals handelte es sich um Peter den Großen, der St. Petersburg als westlichen Vorposten Russlands gründete und auch als Zar und Zimmermann in die Geschichte eingegangen ist. Wladimir der Schreckliche aus St. Petersburg stammend will umgekehrt Russland zwar nach Westen ausdehnen, es aber von Europa abgrenzen. An der gegenüber Strahlenberg sehr viel weiter westlich gelegenen Grenzziehung es Abraham Ortelius von 1572 dürfte er deshalb den größeren Gefallen finden, die im Übrigen der „Huntington-Linie“ zwischen dem katholisch-protestantischen und dem orthodoxen Kulturkreis, die quer durch die Ukraine verläuft, recht nahekommt. An dieser Grenze findet derzeit zum Leidwesen der russischen Westler ein „Kampf der Kulturen“ statt, bildet Putin mit seiner Rekonstruktion des orthodoxen Ostens das Gegenstück zu Huntingtons Rekonstruktion des Westens.<sup>4</sup>

Was sich da über die Jahre zusammengebraut hat, war ablesbar an der Abstimmung der UNO-Vollversammlung über die Ukraine-Resolution. In völliger Verkennung wurde diese in der westlichen Presse als Isolierung Russlands gefeiert, wie das Ergebnis mit 141:5:34 auf den ersten Blick verkündet – nicht gerechnet die 12 Länder, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, eine raffinierte Form der Enthaltung, bei der man seine Karten nicht aufdeckt. Also haben 51 Länder, mehr als ein Viertel der UNO, Putins Krieg nicht verurteilt. Berücksichtigt man den Anteil der Weltbevölkerung, den diese repräsentieren, waren es wegen der Enthaltung von China, Indien, Pakistan, Iran, Vietnam u.a. mehr als die Hälfte, bei den Atommächten mit Russland, China, Indien, Pakistan und Nordkorea sogar die Mehrheit. Die Hälfte der afrikanischen Länder hat nicht zugestimmt. Die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken und der Iran haben sich enthalten oder sind der Abstimmung ferngeblieben. Die Türkei hat zwar zugestimmt, beteiligt sich aber nicht an den Sanktionen.

Die kartographische Abbildung der Abstimmung markiert die Routen der Neuen Seidenstraße. Es erscheinen die Konturen eines von China dirigierten Blocks ihrer künftigen Anrainer. Solange China militärisch noch nicht in der Lage ist, die USA als internationale Ordnungsmacht abzulösen, soll sie als Interimslösung fungieren, bei der es

---

<sup>4</sup> Ulrich Menzel, *The West Against the Rest: Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens*. In: Ders., *Globalisierung versus Fragmentierung*. Frankfurt 1998. S. 70-96.

nicht internationale Öffentliche Güter, sondern Clubgüter aus Krediten, Infrastruktur und Konnektivität für die Mitglieder im Club der Neuen Seidenstraße bereitstellt. Das wird sich erst ändern, wenn China den amerikanischen vergleichbare Trägerflotten in Dienst gestellt hat und neben die erste Marinebasis in Djibouti weitere wie die kolporierte in Kambodscha getreten sind.

Auch für China steht viel auf dem Spiel. Perspektivisch wird es zwar das russische Gas und Öl abnehmen und im Gegenzug Konsumgüter und Hochtechnologie liefern nach dem Muster des Erdgas-Röhrengeschäfts und so Russland aus seiner sanktionsbedingten Isolation befreien. Doch müssen diese Pipelines erst noch gebaut werden. Derzeit bewegt sich der bilaterale Handel nur im Promille-Bereich, ist der chinesische Handel mit dem Westen essentiell. Wenn überhaupt, dann kann nur China Putin stoppen aus beiderseitigem Interesse – weil China kein Interesse an einer Weltwirtschaftskrise haben kann und weil Putin auf die Rohstoffeinnahmen angewiesen ist, um das Renteninteresse der Oligarchen zu bedienen. Nur in dieser Hinsicht muss er sich rational verhalten. Ignoriert er es zu lange, droht womöglich eine Palastrevolution.

Wie so ein Deal unter Despoten aussieht, hat man im Vorfeld der Olympiade gesehen. Putin hielt sich zurück, bis die Winterolympiade vorbei war, hatte damit zynischerweise sogar noch das Friedensgebot der antiken Olympiade eingehalten. Dafür bekam er von Xi die Zusage der Rückendeckung, wenn er losschlägt. Siehe das chinesische Abstimmungsverhalten in der UNO. Womöglich wird er neben Butter, wenn ihm die Kanonen ausgehen, auch noch chinesische erhalten.